University of Kent

Kent Academic Repository

Goebel, Stefan P. (2026) *'Erinnerung braucht Dialog': Interview zur Straßenumbenennung.* Westfälische Nachrichten . p. 5.

Downloaded from

https://kar.kent.ac.uk/114697/ The University of Kent's Academic Repository KAR

The version of record is available from

This document version

Publisher pdf

DOI for this version

Licence for this version

UNSPECIFIED

Additional information

Simultaneously published in: Münstersche Zeitung, 3 February 2026

Versions of research works

Versions of Record

If this version is the version of record, it is the same as the published version available on the publisher's web site. Cite as the published version.

Author Accepted Manuscripts

If this document is identified as the Author Accepted Manuscript it is the version after peer review but before type setting, copy editing or publisher branding. Cite as Surname, Initial. (Year) 'Title of article'. To be published in ***Title of Journal*** , Volume and issue numbers [peer-reviewed accepted version]. Available at: DOI or URL (Accessed: date).

Enquiries

If you have questions about this document contact ResearchSupport@kent.ac.uk. Please include the URL of the record in KAR. If you believe that your, or a third party's rights have been compromised through this document please see our Take Down policy (available from https://www.kent.ac.uk/guides/kar-the-kent-academic-repository#policies).

Rund ums Rathaus

Berens kritisiert Tempo-30-Pläne

MÜNSTER. FDP-Ratsherr Jörg Berens übt scharfe Kritik an den Plänen von Oberbürgermeister Tilman Fuchs (Grüne), in Münster flächendeckend Tempo 30 einzuführen: „Die Wirtschaft kommt kaum vom Fleck, in unserer Stadt herrscht Stillstand – und jetzt sollen auch noch die Bürgerinnen und Bürger systematisch ausgebremst werden?“ Die Freien Demokraten fordern in einer Pressemitteilung ein modernes Metrobussystem mit dichten Takten, eigenen Spuren und einer guten Anbindung an Mobilstationen. „Der neue Oberbürgermeister setzt mit diesem Vorstoß ein fatales Signal: Statt dringend notwendige Verwaltungsprobleme anzugehen und nach Jahren des Stillstands in diesem Ressorts Prioritäten zu ordnen, greift er zu Maßnahmen, die den Alltag der Menschen zusätzlich belasten“, so Berens.



Jörg Berens Foto: FDP

Rietenberg sieht schlechte Datengrundlage

MÜNSTER. Der Einstieg ins Berufsleben wird für viele junge Menschen spürbar schwieriger. Das zeige die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der münsterischen Abgeordneten Sylvia Rietenberg zum Berufseinstieg im Kontext von Künstlicher Intelligenz und konjunktureller Schwäche, heißt es in einer Pressemitteilung. Besonders betroffen seien demnach junge Akademiker. „Die Bundesregierung kann nicht sagen, wie viele Einstiegsstellen weggefallen oder durch KI verändert worden sind. Auch zu den ersten Monaten der Arbeitssuche nach Studienabschluss liegen keine belastbaren Daten vor“, kritisiert Sylvia Rietenberg, Arbeitsmarktexpertin der Grünen Bundestagsfraktion, die ihrer Ansicht nach unzureichende Datengrundlage.

CDU will Bürgerservice mit KI verbessern

MÜNSTER. Der Rat der Stadt soll die Verwaltung bis zum Sommer zur Vorlage eines Konzepts für den verantwortungsvollen Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) im Bürgerservice der Stadt beauftragen, fordert die CDU in einer Pressemitteilung. Die bisherige Digitalisierung und IT seien zu berücksichtigen, heißt es in einem entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion. „KI bietet erhebliche Chancen und wird in vielen deutschen Städten bereits erfolgreich eingesetzt“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Mathias Kersting. Der KI-Einsatz sei stets unterstützend gedacht und nicht als Ersatz der persönlichen Entscheidungsverantwortung der in der Stadtverwaltung. Erreichbarkeit, Servicequalität und Teilhabe könnten messbar verbessert und die Verwaltung von Routinetätigkeiten entlastet werden, schreibt die CDU weiter. Ratsfrau Carolin Schwarz, digitalpolitische CDU-Sprecherin, nennt als Einsatzmöglichkeiten beispielsweise Chatbots für Auskünfte rund um die Uhr sowie Standardanträge und Terminvergaben.

„Free Rojava“-Schriftzüge

Jetzt ermittelt der Staatsschutz in Münster



Freiheit für die kurdische Region Rojava fordert dieser Schriftzug unweit der Promenade in Münster. Die politische Schmierbekundung ist jetzt in den Fokus des Staatsschutzes geraten. Foto: Ralf Meistes

Von Niklas Wieczorek

MÜNSTER. Rund um das vergangene Wochenende sind, wie berichtet, etliche geschmierte Schriftzüge „Free Rojava“ in der Innenstadt von Münster aufgetaucht. Die ganz offensichtlichen pro-kurdischen Politbekundungen sind jetzt ein Fall für den Staatsschutz der Polizei Münster.

Nach Informationen von Polizeisprecherin Konstanze Heine waren die ersten Anzeigen bereits am Donnerstag (29. Januar) bei der Behörde eingegangen. Neben den dort genannten Standorten Klosterstraße und Harsewinkelgasse hatte unsere Redaktion auch von Schmierereien an der Salz-, der Loer- und der Mauritzstraße berichtet. Insgesamt lägen inzwischen fünf Anzeigen vor.

„Der Staatsschutz hat jetzt die Ermittlungen übernommen“, bestätigt Konstanze Heine weiter. Die ganz offensichtlich politisch konnotierte Botschaft setzt sich dabei für die kurdische Seite im Konflikt mit der syrischen Armee in der Region Rojava ein. Zahlreiche Demos mit ähnlicher Botschaft waren in den vergangenen Wochen durch die Innenstadt gezogen.

Weil die Polizei dringend an der Aufklärung interessiert ist, bittet sie mögliche Zeuginnen und Zeugen sich zu melden. Die Kontakt-Telefonnummer für diesen Fall ist die 0251 / 27 50.

Interview zur Straßenumbenennung mit dem Historiker Dr. Stefan Goebel

„Erinnerung braucht Dialog“



Der Soldatenfriedhof Langemark ist inzwischen Unesco-Weltkulturerbe. Der aus Münster stammende Historiker Dr. Stefan Goebel (kleines Foto) sagt, Langemark sei Teil der offiziellen Gedenkkultur der Bundesrepublik. Fotos: privat

Von Ralf Meistes

MÜNSTER. Gedenkkultur statt Umbenennung: Der aus Münster stammende Historiker Dr. Christian Goebel plädiert im Interview dafür, die umstrittene Langemarckstraße nicht vorschnell umzubenennen, sondern sie als Ausgangspunkt für einen europäischen Erinnerungsdialog zu begreifen. Goebel ist Sprecher der gemeinsamen Initiative der Gemeinde Langemark-Poelkapelle, des „In Flanders Fields Museum“ und der Universität Kent.

Herr Dr. Goebel, Sie haben im vergangenen Jahr eine Ausstellung über Langemark mitgestaltet, die in Bremen gezeigt wurde. Sie hatten dabei deutlich gemacht, dass Sie einen Streit über die Langemarckstraße für richtig und wichtig halten. Warum?

Stefan Goebel: Der Streit hat das Potenzial, Aufmerksamkeit auf den in Deutschland fast vergessenen Ersten Weltkrieg zu lenken. Als Experte für die Geschichte des Ersten Weltkriegs begrüße ich das. Allerdings ist die Diskussion in Münster festgefahren. Für mich sind Langemarckstraßen nicht in erster Linie ein „Problem“, sondern eine politische Chance. Um diese Chance zu ergreifen, müssen wir aber über den Tellerrand hinausschauen und das Gespräch mit Belgien, speziell mit Langemark-Poelkapelle suchen. Wir sollten nicht über „Langemarck“ streiten, sondern mit Langemark reden!

Sie betonen, dass sich das schwierige Erbe „Langemarck“ auch durch eine Umbenennung nicht tilgen lasse. Was geht Ihrer Ansicht nach verloren, wenn Städte und Gemeinden belastete Namen aus dem Stadtbild entfernen?

Goebel: Die Nationalsozialisten haben den Namen „Langemarck“ schwer missbraucht. Auch die Stadt Münster trägt eine Mitverantwortung, der sie sich nicht so einfach entziehen kann und darf. Mein Eindruck ist, dass es sich sowohl die Befürworter als auch die Gegner einer Umbenennung zu einfach machen und eine Art Schlussstrich erwarten. Was auch immer bei dem Bürgerentscheid herauskommt, die Auseinandersetzung mit Langemar(c)k hat gerade erst begonnen. Nebenbei gesagt, ist die Frage der Schreibweise zweitrangig – sowohl „ck“ als auch „k“ sind historisch korrekt. Natürlich wäre eine Anpassung an die moderne flämische Rechtschreibung (mit einfachem „k“) eine freundliche Geste gegenüber der Gemeinde Langemark-Poelkapelle und der gesamten Region Ypern.



Straßennamen – der Bürgerentscheid
8. Februar

Sie plädieren nicht für eine Umbenennung, sondern für eine Umwidmung der Langemarckstraße. Was verstehen Sie darunter und warum halten Sie diesen Weg für angemessener?

Goebel: Die Münsteraner Diskussion beschränkt sich zu sehr auf die Jahre des Nationalsozialismus und den „belasteten“ Namen. Das heutige Langemark hat sich längst von der propagandistischen Inanspruchnahme seines Namen emanzipiert. Langemark hat heute eine ganz andere Bedeutung: Pazifismus statt Kriegsverherrlichung, Versöhnung statt Nationalismus. Aber über das Langemark der Gegenwart ist man in Münster schlecht informiert. Die neue Langemarkstraße sollte nicht mehr an den Kriegsmythos erinnern, sondern dem internationalen Friedensprojekt der Gemeinde Langemark-Poelkapelle und der Stadt Ypern gewidmet werden. Das wäre eine angemessene Wiedergutmachung.

Mit der Initiative aus Langemark-Poelkapelle, dem „In Flanders Fields Museum“ und der Universität Kent werben Sie für einen europäischen Erinnerungsdialog. Warum halten Sie nationale und kommunale Alleingänge bei Straßennamen für problematisch?

Goebel: Europa hat keine Zukunft, wenn wir uns nicht mit der Vergangenheit auseinandersetzen. Dazu gehört auch, dass wir verstehen, wie wichtig der Erste Weltkrieg für unsere europäischen Nachbarn und Freunde bis heute ist. In Belgien ist der 11. November (Ende des Ersten Weltkriegs am 11. November 1918 durch den Waffenstillstand von Compiègne) ein gesetzlicher Feiertag. In Großbritannien kommt das öffentliche Leben am 11.11. um Punkt 11 Uhr für zwei Schweigeminuten zum Stillstand. Ich möchte den Karnevalisten nicht ihren Spaß verderben, aber für viele Menschen in Europa ist der 11. November kein Tag des Frohsinns. Mein Vorschlag: Kommen Sie doch einmal zur „Poppy-Parade“ nach Ypern. Da nehmen Delegationen aus der ganzen Welt teil. Bunt und besinnlich schließen sich nicht gegenseitig aus.

Münster diskutiert aktuell über mehrere Straßennamen aus den 1930er-Jahren, darunter auch solche, die – ähnlich wie Langemarck – vor allem durch die NS-Propaganda aufgeladen wurden. Würden Sie in der Debatte noch einmal zwischen Straßen, die nach Orten wie Langemarck und Skagerrak oder Personen wie Otto Weddigen, Admiral Spee oder Admiral Scheer unterscheiden?

Goebel: Auf jeden Fall. Hier wird zusammengeworfen, was nicht bzw. nicht mehr zusammengehört. In Langemark bzw. in Ypern gibt es heute eine sehr aktive, zukunftsorientierte Erinnerungskultur, die international und pazifistisch ausgerichtet ist. Außerdem ist der Soldatenfriedhof Langemark inzwischen Unesco-Weltkulturerbe. Jedes Jahr am 11. November nimmt der deutsche Botschafter Seite an Seite mit Diplomaten aus der ganzen Welt an den Gedenkfeierlichkeiten in Ypern teil und legt anschließend in Langemark einen Kranz nieder. Langemark ist also Teil der offiziellen Gedenkkultur der Bundesrepublik. All das trifft auf die anderen Straßennamen nicht zu. Allerdings könnte auch die Skagerrakstraße in Abstimmung mit unseren europäischen Freunden umgewidmet werden. Hier könnte Münster sogar eine Vorreiterrolle einnehmen. Aber das erfordert viel Zeit, politischen Willen und auch finanzielle Mittel. Viele werden es nicht hören mögen, aber einen schnellen, billigen Schlussstrich unter die Debatte kann es nicht geben.

Gibt es aus Ihrer Sicht Fälle, in denen Kontextualisierung nicht mehr ausreicht und eine Umbenennung zwingend notwendig ist? Wo würden Sie diese Grenze ziehen?

Goebel: Selbstverständlich, aber eine Umbenennung sollte immer die letzte Option sein. Wichtig ist: Auch problematische Straßennamen können produktive Anstöße für eine kritische Erinnerungskultur geben. Kontextualisierung ist der erste Schritt, aber ein Zusatzschild allein reicht nicht aus. Die Stadt Bad Wildungen hat die Beschilderung in der dortigen Langemarckstraße geändert, aber darüber hinaus auch ein Forschungsprojekt über den Langemarck-Mythos durchgeführt, Gedenkveranstaltungen abgehalten, eine „Poppy“-Wiese gepflanzt und pflegt nun enge Kontakte mit Langemark-Poelkapelle. Hier sieht man, wie aus einem schwierigen Erbe etwas Gutes erwachsen kann.

Sie haben an anderer Stelle einmal erklärt, eine Umbenennung der Langemarckstraße könne aus belgischer Sicht als „Schlag ins Gesicht“ empfunden werden. Hat Sie die Reaktion aus Belgien auf die Debatte hierzulande überrascht?

Goebel: Nein, die Belgier verstehen unsere Erinnerungskultur besser als wir ihre. Aber man wünscht sich sehr, dass sich die Deutschen auf einen Erinnerungsdialog einlassen, sich mit dem Ersten Weltkrieg wieder auseinandersetzen. Es ist erschreckend, wie wenige Deutsche die Museen, Denkmäler und Soldatenfriedhöfe in Westflandern besuchen. Das „In Flanders Fields Museum“ in Ypern hat mehr Besucher aus Australien und Kanada als aus Deutschland. Vor dem deutschen Soldatenfriedhof in Langemark stehen fast immer englische Reisebusse, aber nur selten ein Auto mit deutschem Kennzeichen. Das muss sich ändern. Ich verstehe Langemarckstraßen auch als eine ständige Aufforderung, ja eine Einladung, Westflandern zu besuchen.

Sie bezeichnen Langemarckstraßen als „politische Chance“. Was können Kommunen aus Ihrer Sicht konkret tun, um Straßenräume zu Orten aktiver historischer Bildung und nicht nur zu Ortsbezeichnungen zu machen?

Goebel: Jenseits des öffentlichen Streites gibt es hinter den Kulissen bereits vielversprechende Ansätze. Im September kommt die internationale Wanderausstellung „Langemarck/-straße“ nach Münster in die Bürgerhalle der Bezirksregierung am Domplatz. Das wird der krönende Abschluss einer fast zweijährigen Tour durch Deutschland. In Westfalen war sie bereits im Gelsenkirchener Institut für Stadtgeschichte zu sehen. Im Anschluss an Münster wandert die Ausstellung dann durch Belgien, wo ihre symbolische Reise am 11. November 2027 in Langemark enden wird. In Münster ist uns eine vielleicht richtungsweisende Kooperation gelungen, die ganz verschiedene Partner einbindet: das LWL-Medienzentrum für Westfalen, das Institut für westfälische Regionalgeschichte, die Villa ten Hompel und den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Vertrauensvolle Zusammenarbeit und kritischer Dialog über Grenzen hinweg, das ist der richtige Weg.



In verschiedenen deutschen Städten (hier ein Bild aus Bremen) ist die Ausstellung zum Thema Langemarck bereits gezeigt worden. Ab September wird sie auch in Münster zu sehen sein. Foto: privat